



vertraulich

Landeshauptstadt Dresden
Der Oberbürgermeister

Fraktion Alternative für Deutschland
im Stadtrat der Landeshauptstadt Dresden
Herrn Stadtrat
Jörg Urban

GZ: (OB) GB 3 02 14

Datum: 28. MRZ. 2017

Sicherheitslage in Dresden
mAF0203/17

Sehr geehrter Herr Urban,

die oben genannte Anfrage aus der Stadtratssitzung vom 2. März 2017 beantworte ich wie folgt:

„Vergangene Woche ging die Polizei – mal wieder – im Bereich des Wiener Platzes gegen Drogenhändler vor.

Vor 1 ½ Jahren teilten Sie auf meine mündliche Anfrage mAF0074/15 zur Prävention und Sicherheit in Dresden mit – Zitat: ‚Die Landeshauptstadt Dresden unterstützt die Bemühungen des Freistaates Sachsen eine größere Anzahl von Polizeibeamten in den Polizeidienst aufzunehmen.‘

Daher richte ich nun folgende Fragen an Sie:

1. Waren die Bemühungen, eine größere Anzahl von Polizeibeamten in den Polizeidienst aufzunehmen, erfolgreich? Wie viele Polizeibeamte gibt es Stand heute mehr im Dienst in Dresden als vor einem Jahr und sieht die Landeshauptstadt Dresden bzgl. der Entwicklung der Sicherheitslage in Dresden den Bedarf nach weiteren Polizeikräften in der Stadt?
2. (Nachfrage:) Wurde seitens der Landeshauptstadt Dresden beim Freistaat Sachsen mehr Polizeibeamte angefordert?“

Die konkreten Zahlen zu den Beamtinnen und Beamten im Polizeidienst kann ich Ihnen nicht mitteilen, da dies nicht in die Zuständigkeit der Landeshauptstadt Dresden fällt. Es gilt aber zu beachten, wenn von einer gewünschten Erhöhung der Anzahl der Polizeibeamtinnen und -beamten gesprochen wird, dass es im Gegensatz zu vielen anderen Berufen keinen Markt von ausgebildeten Polizistinnen und Polizisten gibt, die man sofort einstellen kann.

Das heißt, einem möglichen Einsatz von neuen Kolleginnen und Kollegen geht eine 2,5-jährige Ausbildung voran. Durch die Politik wurden die Einstellungszahlen erhöht – die Kolleginnen und Kollegen kommen aber erst in drei Jahren an. Bis dahin muss die Polizei auch in Dresden mit dem vorhandenen Personal auskommen.

Ich bleibe bei der Aussage, dass die Landeshauptstadt Dresden es außerordentlich begrüßt, dass das Staatsministerium des Innern zusätzliche Neueinstellungen im Polizeivollzugsdienst vornimmt und den Stellenabbau stoppt.

Auch in vielen Bürgerschreiben und Bürgeranfragen zeigt sich, dass dies ein zentrales Anliegen ist. Und die Auswertung der aktuellen Kommunalen Bürgerumfrage bekräftigt die Landeshauptstadt Dresden darin, dass Fragen zur Sicherheit und dem subjektiven Sicherheitsempfinden einen hohen Stellenwert einnehmen.

Nachfrage Herr Stadtrat Urban in der Sitzung am 2. März 2017:

„Eine Nachfrage. Ich hatte ja im letzten Jahr die Antwort bekommen, dass sich die Landeshauptstadt Dresden um mehr Polizeibeamte in Dresden bemüht. Also das muss ja dann trotzdem irgendwie eine Bestandsaufnahme stattgefunden haben, sie sind eigentlich zu wenig, wir wollen mehr in Dresden. Das heißt, in irgendeiner Form, in welcher Form ist die Landeshauptstadt Dresden an den Freistaat heran getreten und hat diesen Mehrbedarf benannt?“

Es geht nicht um die Benennung eines Mehrbedarfes durch die Landeshauptstadt Dresden. Die Landeshauptstadt hat vielmehr gegenüber dem Innenministerium bekräftigt, dass eine starke Polizeipräsenz notwendig ist. Es gibt regelmäßige Kontakte mit der Polizeidirektion Dresden und Absprachen in den Sitzungen des Kriminalpräventiven Rates – auch zur Polizeipräsenz.

Ansonsten ist aus Sicht der Landeshauptstadt Dresden durchaus zu erkennen, dass die Polizeidirektion Dresden einen angemessenen Anteil bei der Stellenentwicklung bekommt.

Mit freundlichen Grüßen



Dirk Hilbert